



Heiko Holste

Der Freistaat Schaumburg-Lippe und sein Staatsrat Heinrich Lorenz. Eine biographische Demokratieggeschichte 1918–1933 (Schaumburger Beiträge, Bd. 7)

Wallstein Verlag | Göttingen 2025
213 Seiten, gebunden | 25,00 €
ISBN 978-3-8353-5891-1

rezensiert von

Bernd Rother, Berlin

Schaumburg-Lippe, eines der Gebiete, aus denen 1946 Niedersachsen hervorging, war in der Weimarer Republik mit etwa 50.000 Einwohnern der kleinste Gliedstaat des Deutschen Reichs. Heiko Holste, der sich seit Jahren mit der neueren Geschichte des Landes beschäftigt,¹ hat nun eine umfassende Darstellung zur Entwicklung des Freistaats zwischen 1918 und 1933 vorgelegt. Im Untertitel nennt sie sich eine »biographische Demokratieggeschichte«, denn im Mittelpunkt des Buchs steht Heinrich Lorenz, der bedeutendste Sozialdemokrat Schaumburg-Lippes in dieser Zeit.

Lorenz, geboren 1870 und somit ein Vertreter der sogenannten »Generation Ebert«,² war Glasmacher von Beruf. 1889 trat er der SPD bei, ab 1902 betrieb er zusammen mit seiner Frau eine Gastwirtschaft – auch darin Ebert ähnelnd. So konnte der Verlust des Arbeitsplatzes wegen der politischen Betätigung vermieden werden. Seit der ersten Aufstellung eines Kandidaten im Jahr 1887 war die Sozialdemokratie bei Reichstagswahlen die stärkste Partei in Schaumburg-Lippe. Das kleine Land war schon damals nicht rein agrarisch strukturiert; Bergbau und Glasindustrie hatten Bedeutung und boten der Arbeiterbewegung eine Basis. 1906 zog Lorenz als Abgeordneter in den Landtag ein; das ungleiche Wahlrecht des Fürstentums verhinderte, dass dies im Kaiserreich einem weiteren Sozialdemokraten gelang.

Von der Parteispaltung während des Ersten Weltkriegs blieb Schaumburg-Lippe verschont. Das Ende der Monarchie erfolgte friedlich. Scurril muss erscheinen, dass am 9. November 1918 bürgerlich-konservative Kräfte in der Residenzstadt Bückeburg einen »Arbeiter- und Soldatenrat« gründeten. Ihr Ziel war es, eine staatliche Umwälzung zu verhindern. Diesem

¹ Vgl. Heiko Holste, Schaumburg-Lippe. Vom souveränen Staat zum halben Landkreis. Ein Streifzug durch die politische Geschichte von der Landesgründung bis in die Gegenwart, Steinhude 2003.

² Vgl. Bernd Braun/Dirk Schumann (Hrsg.): Eine europäische »Generation Ebert«? Politische Sozialisation und sozialdemokratische Politik der »1870er«, Göttingen 2023.

Etikettenschwindel setzten die Sozialdemokraten zwei Tage später einen »Volks- und Soldatenrat« entgegen, an dessen Spitze Lorenz stand. Bei der Landtagswahl am 16. Februar 1919 errang die SPD mit acht Mandaten die absolute Mehrheit im Landtag. Unter den insgesamt gerade einmal 15 Parlamentariern befand sich nur eine einzige Frau, Marie Kreft von der SPD. Sie wurde bis 1933 stets wiedergewählt, aber außer ihr gab es in den 14 Jahren keine weitere weibliche Abgeordnete. Einer kommunalen Magistratsverfassung ähnlich bestand die neue Landesregierung, die im März 1919 vom Parlament bestimmt wurde, aus haupt- und nebenamtlichen Mitgliedern. Als Hauptamtliche wurden die beiden bisherigen fürstlichen Minister bestätigt, während sich die politischen Mehrheiten mit vier SPD-Vertretern und einem DDP-Vertreter bei den Nebenamtlichen abbildeten; Heinrich Lorenz war einer von ihnen.

Heftig umstritten waren nach der Revolution die Staatsfinanzen. Bis 1918 waren Fürsten- und Staatseinnahmen nicht getrennt worden, stattdessen hatte der Fürst aus seinen Einnahmen einen Zuschuss an die Staatskasse gezahlt. In der Revolution versäumten es die Sozialdemokraten, den Besitz des Fürstenhauses zu verstaatlichen. Ein erneuter Anlauf der SPD-Mehrheit im Landtag, das Domanium des Fürsten durch den Staat zu übernehmen, scheiterte Ende 1919 an der Obstruktion der beiden hauptamtlichen Regierungsmitglieder und am Ratschlag der SPD-Spitze in Berlin, eine Verhandlungslösung zu suchen. Illoyal gegenüber der Landtagsmehrheit zeigten sich die beiden aus der Monarchie übernommenen Regierungsmitglieder auch während des Kapp-Putsches. Sie erklärten, die Entwicklung abwarten zu wollen, statt sich zur legitimen Reichsregierung zu bekennen. Ende 1920 resümierte Lorenz im Landtag: »Wir haben wiederholt versucht, mit den rechtsstehenden Parteien eine Brücke der Verständigung zu bauen, aber bei all diesen Versuchen sind wir nur ausgelacht worden.« (zit. nach S. 70).

Wie in anderen Ländern des Deutschen Reichs war der Feiertagskalender ein Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Kräften. »Kulturkämpfe« gab es auch schon vor 100 Jahren. 1921 beschloss die SPD-Mehrheit in Schaumburg-Lippe, den 1. Mai zum arbeitsfreien Tag zu erklären. Reichsweit hatte dies nur 1919 gegolten. Nur in wenigen anderen Ländern, so zum Beispiel in Braunschweig, gelang es in der Folgezeit der Sozialdemokratie, die Arbeitsruhe am Maifeiertag durchzusetzen. Streit gab es auch um den Verfassungstag, den 11. August. Arbeitsfrei war er nie, aber Feierlichkeiten sollten stattfinden. Wo auch immer bürgerliche Kräfte das Sagen hatten, boykottierten, ja störten sie (mit Ausnahme der DDP) solche Veranstaltungen. Die sozialdemokratisch dominierte Landesregierung hingegen organisierte Festakte zur Würdigung der Reichsverfassung.

Die Dominanz der SPD wurde nur zwischen 1925 und 1927 durch ein Intermezzo bürgerlicher Mehrheit im Landtag und in der Regierung unterbrochen. Aber das war für die Linke verschmerzbar, denn seit 1922 gehörte eines der beiden hauptamtlichen Regierungsmitglieder der SPD an. Lorenz war es gelungen, den Volljuristen Erich Steinbrecher nach Bückeburg zu holen. Ab 1923 war er sogar das einzige hauptamtliche Regierungsmitglied, die übrigen agierten wie gehabt nebenamtlich. Die bürgerliche Mehrheit beließ Steinbrecher 1925 im Amt, da man sonst neben dem Gehalt eines Nachfolgers auch noch seine Besoldung im vorläufigen Ruhestand hätte tragen müssen. Die prekäre Haushaltslage des Landes spielte auf diese Weise der SPD in die Hände. Nach einem Zerwürfnis mit der örtlichen SPD-Führung kehrte Steinbrecher 1927 nach Berlin zurück. Nun hielt sich Lorenz für erfahren genug, selbst als hauptamtlicher Staatsrat die Geschicke seines Landes zu führen. Bis 1933 blieb er im Amt, denn so lange hielt die Mehrheit der SPD (1928 bis 1931 alleine, von 1931 bis 1933 zusammen mit der DDP). Auf der rechten Seite des politischen Spektrums kam es bei der Landtagswahl 1931 zu der zeittypischen Umgruppierung: Die NSDAP erreichte aus dem Stand 27 %. Auch die KPD konnte erstmals ein Mandat erringen.

Selbst bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 erhielt die SPD im Land noch 39 %, aber nur vier Tage später, am 9. März, endete durch die erzwungene »Gleichschaltung« die von ihr geführte Landesregierung. Nun herrschten die Nazis auch in Schaumburg-Lippe. Zwischen 1933 und 1945 blieb Lorenz unbehelligt, vielleicht auch, weil er nach Braunlage im Land

Braunschweig verzog. Nach der Befreiung Deutschlands wurde Lorenz im Dezember 1945 noch einmal zum nebenamtlichen Mitglied der Landesregierung von Schaumburg-Lippe berufen. Im Februar 1947 verstarb Lorenz. Holste nennt ihn zurecht den »bedeutendsten Wegbereiter der Demokratie in Schaumburg-Lippe« (S. 161).

Doch jenseits dieser regionalen Prominenz: Welches überregionale Interesse kann die Biografie und die Darstellung der politischen Geschichte dieses Kleinstaats erwecken? Wie ein roter Faden zieht sich durch das Buch das Thema Personalpolitik. Wo konnte, wo sollte die junge Demokratie ab November 1918 loyale Fachleute finden? Es fehlte der SPD nach eigenem Eingeständnis nach den langen Jahren des Ausschlusses aus allen Exekutivposten noch an Verwaltungserfahrung und man setzte daher auf die aus den Monarchien übernommenen Spitzenbeamten. Lorenz selbst benannte 1919 das Dilemma im Landtag: Es ginge nicht anders, weil »die Sozialdemokraten früher von jeder Mitarbeit in der Verwaltung ausgeschlossen gewesen sind, nicht einmal in den Schulvorstand sind sie wählbar gewesen« (zit. nach S. 49). Doch der Mangel an eigenen Kadern war nicht der einzige Grund für das Festhalten an den alten Amtsträgern. Die neuen Machthaber erwarteten, dass sich die angeblich unpolitischen Beamten ihnen gegenüber loyal verhalten würden. Der Kapp-Putsch zeigte, dass dies vielfach ein Irrtum war. Wie schon Heinrich August Winkler festgestellt hat, verhielten sich die Beamten selbst im Reich und in Preußen »[u]nterhalb der Ebene der Ministerien [...] meist abwartend.«³

Da mit Ausnahme der kleinen DDP das örtliche Bürgertum nicht mit der neuen Mehrheit kooperieren wollte, begab sich die SPD Schaumburg-Lippes in den ersten Jahren der Republik auf die Suche nach Fachkräften jenseits der Landesgrenzen, vorrangig in Preußen. Erich Steinbrecher war der wichtigste Import. Heutzutage bekannter ist Adolf Grimme, der 1924/25 in den Diensten Schaumburg-Lippes stand und sich um das dortige Schulwesen kümmerte. Nach 1945 wurde er zunächst Kultusminister von Niedersachsen, dann Generaldirektor des NWDR. Auch andere Verwaltungsposten wurden ab 1922 sukzessive Demokraten anvertraut, die Kostgänger der untergegangenen Monarchie wurden abgelöst.

Die Demokratisierung der Staatsbürokratie erfolgte auch in anderen Teilen des Deutschen Reichs nicht bereits im Winter 1918/19. Das Verhalten vieler Beamter während des Kapp-Putsches scheint für die Sozialdemokratie ein Weckruf gewesen zu sein, doch erst allmählich standen auch außerhalb von Berlin loyale Fachkräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung. Diesen Prozess im Detail zu untersuchen, wäre eine lohnende Aufgabe künftiger Forschung. Das vorliegende Buch ist ein wichtiger Baustein dafür und natürlich eine sehr sachkundige Geschichte Schaumburg-Lippes.

Zitierempfehlung

Bernd Rother, Rezension zu: Heiko Holste, *Der Freistaat Schaumburg-Lippe und sein Staatsrat Heinrich Lorenz. Eine biographische Demokratiegeschichte 1918–1933*, Wallstein Verlag, Göttingen 2025, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82133.pdf>> [30.3.2026].

³ *Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin/Bonn 1985, S. 305.